

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Erscheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. M., Schulstraße, Telefon Nr. 59. Postleitzettel 16867 Frankfurt.



zu den die gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Preiss. zu- wärts 15 Preiss. Reklamen die gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 30 Preiss. Der Bezugspreis beträgt 1.— Rm. Bei Postbezug 1.50 Rm.

ummer 78.

Mittwoch, den 14. Juli 1926

30. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die die Berliner Blätter berichten, wird die ministerielle Mission zur Durchführung und Ausgestaltung des Arbeitsaufstellungsprogramms der Reichsregierung am Dienstag zu treten. Das Programm soll in einer Reihe von Punkten erläutert werden.

Der deutsche Botschafter in Paris von Hoesch, hatte eine Verhandlung mit Briand. Die Unterhaltung knüpft an die letzten Verhandlungen an, die der Botschafter mit Briand und Berthelot über die Frage des besetzten Gebiets geführt hatte.

Die belgische Kammer hat im Verlaufe einer Nachsitzung Ermächtigungsgesetz in erster Lesung angenommen.

Es wird offiziell aus Paris mitgeteilt, daß Abd el Krim der Freiheit Réunion interniert werden wird.

Caillaux hat den Gouverneur der Bank von Frankreich die Direktoren der führenden Pariser Banken zur Besprechung die finanzielle Lage zu sich berufen.

König Boris von Bulgarien ist in Begleitung seines Ge- schäfts in Mailand angelommen. Nach dem Besuch der Stadt setzt er sich auf den Bahnhof und reiste in die Schweiz weiter.

Die Lage in Spanien.

Der augenblicklich in Paris weilende spanische Diktator Primo de Rivera hat einem Vertreter der "Times" eine Erklärung über die von ihm seit Einschaltung des Direktionskomplotts abgegeben. Er sucht zunächst die dem jungen Komplott gegen seine Regierung beigemessene Bedeutung zu entkräften, indem er erklärt, der von General Aquiles Aquiles Bewegung hätten sich nur 14 Offiziere von mittlerer Bedeutung angeschlossen. Wenn man die Führer des Komplotts freigestellt und dem Grafen Romanones seinem Vermögen entsprechende Geldbuße auferlegt habe, sei es, um endlich mit den Umrissen, die den Ruf Spaniens schädigten und den Wirtschaftsinteressen des Landes schädigten, aufzuräumen. Primo de Rivera stellte alsdann fest, daß die Beziehungen seiner Regierung zur Arbeitsbewegung vor, die die Freiheit unterdrückt zu haben. Zweifelsweise habe man sie etwas eingeschränkt, doch müsse man dennoch in Betracht ziehen, in dem sich Spanien im September 1925 befunden habe. Es sei infolge eines verbrecherischen, Jahre hindurch ertragenen Komplotts erheblich frankophile gewesen. Man könne nicht einen Kranen aufheben, sprechen, trinken und essen lassen, wie es ihm beliebe, ohne das Nebel unheilbar zu machen. Um seine Heimat zu sichern, müsse man ihm einige Monate, oft Jahre zu übermäßige Anstrengungen ersparen und ihn hindern, zu sprechen; man müsse ihn rationieren, ihm dies und das unterlegen, kurz ein gewissenhafter Arzt sein.

Spanien sei ein Kranen, und er und seine Mitarbeiter Spaniens Ärzte, und sie würden über diesem Kranen bis zu seiner vollständigen Gesundung wachen.

Der General kam alsdann auf die jetzt geführten Verhandlungen über den Abschluß eines französisch-spanischen Handelsvertrages zu sprechen und stellte fest, daß die Schwierigkeiten daher kämen, daß die französische Währung Schwierigkeiten unterworfen sei. Das Abkommen über das Altegebiet könnte der General ein bedeutendes Werk, das die Ruhe und die Politisierung Marokkos sicherstelle. Er sprach alsdann die Frage von Tanger. Spanien habe nach dieser Diskussion wiederholt den Wunsch nach einer Abänderung des Reglements ausgesprochen, da es Tanger unter drei verschiedenen Gesichtspunkten betrachte: erstens hinsichtlich seines militärischen Wertes. Nach dieser Richtung sollte nichts geändert werden. Zweitens: hinsichtlich der Verwaltung der Stadt Tanger in Spanien der Ansicht, daß die Wahrung seiner Interessen die sehr umfangreichen spanischen Kolonien ihm eine bevorzugte Stellung sichern müßten. Da diese Frage aber gezeigt sei, wolle man keine Rücksicht. In der dritten Frage, der Frage der Zone von Tanger aber brachte Primo de Rivera die Wünsche vor: Wenn keine ernsthafte Überwachung ausgeübt werde, würden die Außeständischen eine neue Expansion von der internationalen Zone aus beginnen können. Spanien sei der Ansicht, daß, um die Mission, die ihm angetragen sei, ausüben zu können, es notwendig wäre, ihm die Befestigung zuzuerkennen, allein oder etwa mit Frankreich in Zusammenarbeit eine ständige Überwachung ausüben. Das Ziel seiner Reise nach Paris gelte nicht der Beantwortung dieser heissen Frage, aber Spanien habe den Wunsch, sie sehr bald studiert und gelöst werde.

Land- und Gemeindeanleihen.

Bestimmungen über die Ablösung.

Nachdem die zweite Verordnung des Reichsministers der Finanzen zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlichen Anleihen vom 2. Juli d. J. eingangen ist, haben die Länderregierungen entsprechende ausführliche Verordnungen über die Ablösung der Marktanleihen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände erlassen.

Ein Teil dieser Verordnungen ist bereits im "Reichsangeleger" vom 10. Juli veröffentlicht, für die übrigen Verordnungen wird es in Völde geschehen. In allen diesen Verordnungen der Länder ist die Ausschlußfrist für die Anmeldung der in Betracht kommenden Anleihen — und zwar zunächst für solche alten Besitzes — zum Austausch in Ablösungsanleihe und zur Gewährung von Ablösungsrechten einheitlich auf die Zeit vom 2. August bis 4. November festgesetzt worden.

Der Anspruch auf Umtausch von Inhaber-Schuldenbeschreibungen ist durch Anmeldung innerhalb der Ausschlußfrist, wie bei der Ablösung der Reichsanleihe, bei einer Vermittlungsstelle geltend zu machen. Die Einzelheiten des Verfahrens ergeben sich aus den Verordnungen der Landesregierungen.

Preußische Ablösungsbestimmungen.

Das preußische Staatsministerium veröffentlicht in der Preußischen Gesetzesammlung vom 13. Juli eine Verordnung über die Ablösung der auf Markt lautenden Anleihen und Schuldscheindarlehen des Freistaates Preußen. Diese Regelung entspricht im wesentlichen der in dieser Frage von den Ländern gewählten Form. Es handelt sich um die Ablösung der sogenannten Inflationsanleihen. Ihre Ablösung erfolgt in bar zu einem die gesetzlichen Bestimmungen um das Mehrfache übersteigenden Satz. Berücksichtigung findet auch der sogenannte Kleinbesitz, d. h. auch Beträge unter 500 RM. Die vorliegende Regelung macht zwischen dem sogenannten Neu- und dem sogenannten Altbesitz keinen Unterschied. Die Auszahlung der Barberäge erfolgt an 1400 preußischen Kassen und ist bezüglich der Formalitäten außerordentlich vereinfacht. Die Unterlagen sind nur dann beizubringen, wenn es sich um solche Fälle handelt, in denen der Zwang zur mindestenseren Anlage vorliegt. Im einzelnen bestimmt die Verordnung: Die Ablösung der 5prozentigen preußischen Schakanweisungen von 1921 und 1922 und der 7- bis 15prozentigen preußischen Schakanweisungen von 1923 erfolgt anstatt durch Umtausch und Auslösung im allgemeinen durch Barablösung. Der Satz beträgt für 1922er Schakanweisungen 5 Prozent und im Falle des Altbesitzes oder im Falle des Umtausches gegen den gleichen Betrag von Schakanweisungen von 1917 bzw. 1918 12½ Prozent des Goldmarkbetrages, der dem Freistaat Preußen aus der Begebung dieser Anleihen zufließt. Anträge auf Barablösung sind vom 2. August bis 1. September zu stellen. Die Barablösung erfolgt sofort an den Einlieferer der Schakanweisung. Diese Bestimmungen gelten entsprechend für die von dem Freistaat Preußen nach dem 1. Januar 1919 aufgenommenen Schuldcheindarlehen. Die einzelnen Mitteilungen über den Goldwert der Schakanweisung finden sich in Nr. 28 der Preußischen Gesetzesammlung vom 13. Juli auf Seite 211.

Das Caillaux-Abkommen.

Die englisch-französische Finanzregelung.

Das zwischen Caillaux und Churchill getroffene Finanzabkommen ist soeben veröffentlicht worden.

Die französischen Kriegsschulden an England werden danach 1925 in 62 Annuitäten von je 12½ Millionen Pfund oder deren Gegenwert aufgeteilt. Im gegenwärtigen Finanzjahr erhält England vier Millionen Pfund. Da es bereits zwei Millionen erhalten hat, beträgt die diesjährige Gesamtleistung sechs Millionen Pfund. In den folgenden drei Jahren hat Frankreich je 6, 8 und 10 Millionen Pfund zu zahlen, bis im Jahre 1930 die Standardannuität von 12½ Millionen Pfund erreicht wird. Diese Standardannuität hat Wichtigkeit bis zum Jahre 1926, von welchem Zeitpunkt ab, also für die letzten Jahre die Jahreszahlungen auf 14 Millionen erhöht werden.

Neben diesen finanziellen Bestimmungen enthält das Abkommen eine Reihe von Einzelbestimmungen über die Kriegsschäden englischer und französischer Untertanen, Transferfragen usw. Darnach sollen englische Untertanen in Frankreich, deren Eigentum während des Krieges durch militärische Aktionen Schaden genommen hat, Anspruch auf dieselben Kompenstationen erhalten, wie sie die französischen Gesetze den französischen Staatsangehörigen zugestanden haben. Die gleiche Behandlung erfahren französische Staatsangehörige in England. Die Transferfragen ist als eine Vorzugsbestimmung für den Fall möglicher Währungsschwierigkeiten gedacht. Auf die Auslieferung von Obligationen zum Verlauf an den Emissionsmärkten hat England im Gegensatz zu den verschiedenen Schuldenabkommen der Vereinigten Staaten verzichtet, da nach Auffassung Churchills die Unterbringung solcher Obligationen mit ziemlichen Schwierigkeiten verbunden wäre und die vertragliche Festlegung einer Möglichkeit, die man nicht auszunutzen beabsichtige, zwecklos erscheine.

Das Marocco-Statut.

Die spanisch-französische Vereinbarung.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat das französische Außenministerium soeben den Text des spanisch-französischen Marocco-Abkommen veröffentlicht.

Das Abkommen stellt noch einmal fest, daß an den bestehenden Maroccoverträgen durch das neue Abkommen nichts geändert werde. Es ist vereinbart worden, noch bestehende Unstimmigkeiten über die Zugehörigkeit verschiedener Stämme zu

der einen oder der andern Zone schleunigt zu beseitigen. Zu diesem Zweck wird die Grenzkommission ihre Arbeiten sofort aufzunehmen. Die maritime Überwachung der Marokkoküste zur Durchführung der internationalen Abkommen wird beibehalten.

Besondere Bestimmungen sind zur Aufrechterhaltung der Stellungen zwischen den französischen und spanischen Grenzgebieten getroffen worden. Bei aller Zusammenarbeit soll die Handlungsfreiheit der beiden Vertragschließenden in dieser Zone gewahrt bleiben. In einem längeren Schlusssatz wird in dem Abkommen festgestellt, daß man auf französischer wie auf spanischer Seite hoffe, daß die friedliche Zusammenarbeit, die jetzt in Marocco eingesetzt werde, dieselben Früchte tragen werde wie die militärische Zusammenarbeit, die zur Niederschaffung des Rifstabilenauftandes geführt habe.

Der Reichskanzler in den besetzten Gebieten.

Begeisterter Empfang.

Der Reichskanzler besuchte zunächst Mörs. Bei dem Empfang brachten die Vertreter der Berufsstände des Kreises Mörs dem Reichskanzler ihre Wünsche vor, auf die der Reichskanzler mit kurzen Worten erwiderte. Sodann reiste er nach Lanten. Die Stadt hatte sich festlich geschmückt. Bürgermeister Wegener hieß den Reichskanzler herzlich willkommen und begrüßte ihn als Befreier der ersten Zone. Der Reichskanzler dankte für den herzlichen Empfang und überbrachte Glückwünsche des Reichspräsidenten zur Befreiung von der fremden Besetzung. Er dankte der Bürgerstadt für ihr treues Aushalten. Seine Rede sang aus in einem Hoch auf das deutsche Vaterland. Nachmittags stieg der Kanzler unter lebhaften Bejubeln der Menge in Richtung Colmar weiter, woselbst er um 6 Uhr eintraf. Er wurde durch Bürgermeister Wucherpfennig begrüßt. Der Redner sprach dem Reichskanzler den Dank der Stadt für die Befreiung vom fremden Joch aus. Der Reichskanzler dankte in einer markigen Ansprache für den überaus herzlichen Empfang. Es folgte alsdann eine Begeisterung der St. Nicolai-Kirche mit ihren wunderbaren Kunstschatzen. Darauf erfolgte die Weitersfahrt nach Cleve.

Politische Tagesschau.

Die Botschafterkonferenz und General v. Seest. Die Note der Botschafterkonferenz, welche die Befugnisse des Chefs der Heeresleitung weiter begrenzen soll, bestätigt, daß zwar formal Seest nicht mehr Oberbefehlshaber sei, daß er aber tatsächlich den Oberbefehl führe. Wie ähnlich hierzu mitgeteilt wird, führt tatsächlich der Reichspräsident den Oberbefehl. Ihm unterstellt ist der Reichswehrminister. Seest ist seines Amtes als Chef der Heeresleitung entledigt, wie bereits in dem früheren Notenwechsel zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Interalliierte Kontrollkommission hat jetzt gefordert, den Posten eines deutschen Generalstabschefs zu schaffen und diesen einem der beiden Truppenbefehlshaber zu übertragen.

Verhandlungen über das neue Weingesetz. Wie die Berliner Blätter erfahren, finden am 16. Juli wiederum Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und Vertretern des Deutschen Weinbaus über das kommende neue Weingesetz statt. Die bisherigen Besprechungen in dieser Angelegenheit hatten nur informatorischen Charakter. In unterrichteten Kreisen glaubt man, in der Sitzung am 16. Juli dem Ziele näher zu kommen und die bisher vorgebrachten Anträge und Wünsche auf eine mittlere Linie bringen zu können.

Die Völkerbundskommission für geistige Zusammenarbeit. In den beiden nächsten Wochen nimmt die Kommission für geistige Zusammenarbeit des Völkerbundes ihre Arbeiten wieder auf. Es werden fünf Unterkommissionen und eine Vollkonferenz tagen. Am 15. Juli beginnt die Unterkommission für das geistige Eigentum, am 17. Juli die Unterkommission für Hochschulbeziehungen, am 20. Juli die Unterkommission für Wissenschaft und Kunst und am 23. Juli die Unterkommission für Bibliographie. Die Vollsitzung beginnt am 26. Juli. Sie prüft die Berichte der Unterkommissionen. Aus verschiedenen und teilweise sehr naheliegenden Gründen ist eine Sachverständigenversammlung am 3. August besonders bemerkenswert. Es soll über die Methode gesprochen werden, wie die offiziellen und inoffiziellen Bestrebungen vereinheitlicht werden können, die darauf abzielen, der Jugend die Grundzüge des Völkerbundes zu lehren und die junge Generation daran zu gewöhnen, die geistige Zusammenarbeit als normale Methode im Völkerleben anzusehen. Neben Versendung von Fragebogen an Vereine und Körperschaften soll erwogen werden, ein Lehrbuch für den Gebrauch beim Jugendunterricht zu schaffen.

Neue Kämpfe in Marocco. In einer Bavormeldung aus Rabat wird von schweren Kämpfen an der Front von Fez, besonders an der von Taza berichtet. Die Risten seien dem Vorgehen der französischen Truppen hingegen Widerstand entgegen. Nach und nach zogen sich die Dissidenten ins Hochgebirge zurück, wo sie anscheinend einen letzten Widerstand zu organisieren suchten. Nach einer Meldung aus Madrid ist der frühere Kriegsminister Abd el Krim, Si Hamed Budra, von den Spaniern gefangen genommen worden.

Handelsteil.

Berlin, 14. Juli.

Devisenmarkt. Aus der Tatsache, daß sich die Frankenvolaten nur sehr schwerlich von ihrem letzten Kurssturz erholen haben, geht man ferner die Erwartung neuer Frankenkäufe. Der Handel in französischen Franken ruht fastständig, da in Paris heute Feiertag ist. London gegen Paris notierte ca. 187%, London gegen Brüssel erholt sich auf 204, London gegen Mailand auf 140%.

Eseltenmarkt. Das lebhafteste Geschäft des Vortages übertrug sich nicht auf den heutigen Börseverkehr, da das Publikum keine Gesellschaft leistete und die Börse selbst etwas vorsichtiger war. Geahnt wurde die Unfaßbarkeit während der ersten Stunde vor allem durch die bis 1 Uhr fallenden Brämenentführungen, die diesmal bereits einen Tag früher zu erfolgen haben.

Produktionsmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Roggen 19.8—20.1, Sommergerste 20.5—21.2, inländ. Gerste 19.0—20.4, Hafer (mark) 20.4—21.3, Mais 17.4—17.8, Weizenmehl 38.00 bis 40.00, Roggenmehl 28.5—30.00, Weizenkleie 10.1—10.25, Rosenkleie 11.3—11.4.

Devisenmarkt. Im Devisenverkehr sind die Frankenvolaten weiter beruhigt. London-Paris 187.5, Brüssel-London 203%.

Eseltenmarkt. Die Börse stand heute unter dem Druck einer gewissen Unsicherheit, die in einer stark verminerten Geschäftstätigkeit zum Ausdruck kam. Das Fehlen größerer Publikumsanträge und der Mangel jeglicher Anregung gaben dem Verkehr einen lustlosen Charakter. Die Kurse waren gut behauptet. Der Rentenmarkt war vernachlässigt und hatte tüdläufige Bewegung. Kriegsanleihe 0.485.

Produktionsmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen 32.00, Roggen 28.50, Hafer 21.50—23.00, Mais 18.25—18.50, Weizenmehl 43.00—44.00, Roggenmehl 33.50—34.50, Weizeneifle 9.25, Roggenkleie 11.25, Weizen- und Roggenmehl war 1 Mark teurer.

Aus aller Welt.

Errichtung der Deutsch-Amerika-Stiftung. Auf Grund des von dem Zentralkomitee for the Relief of Distress in Germany and Austria in New York gefassten Beschlusses, seine eigenliche soziale Tätigkeit einzufallen und aus den Mitteln eine Stiftung zu errichten, die den Anstalten der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland kurzfristige Darlehen in frischen Augenblicken gewähren soll, fand im Hause der freien Wohlfahrtspflege eine Sitzung statt, in welcher der Vorsitzende des Liquidationsausschusses des Zentralkomitees dem Präsidium der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege einen Scheid von über 72 000 Dollar übertrug als Grundstock der Stiftung, die den Namen „Deutsch-Amerika-Stiftung“, ein Denkmal der Heimatsliebe und Opfer, welche die Deutsch-Amerikaner in schwerer Zeit durch Vermittlung des Zentralkomitees dem deutschen Volke brachten“, trägt.

Neue Linselinie München-Hannover. Am Donnerstag, den 15. Juli, nimmt die Deutsche Luftlinie den Luftverkehr auf der Strecke München-Erfurt-Hannover neu in Betrieb. Die Linie, die in Hannover direkten Luftverkehr mit den Nordseebädern hat, soll bis zum 31. August durchgeführt werden.

Schweres Flugzeugunglück auf dem Flugplatz Fürth. Auf dem Flugplatz Fürth ging ein französisches Großflugzeug des neuesten Typs französischer *Scampli* auf dem Flugzeug niedergestürzt, das seinen ersten Passagiersturz von Paris nach Prag machen wollte. Gegen 17 Uhr stieg das Flugzeug, nachdem es frisch gestartet hatte, wieder auf, geriet aber in einer Höhe von etwa 100 Metern auf bisher noch ungeläufige Weise in Brand. Der Pilot versuchte eine Notlandung. Der Flugzeugführer de Lamotte, der beim Absturz herausgeschleudert wurde, erlitt nur geringe Hautabschürfungen. Der Beobachter Val erlitt Verbrennungen zweiter und dritter Klasse im Gesicht und an beiden Händen. Lebensgefahr besteht bei beiden nicht. Der Pilot und ein Werkmeister verbrannten. Die Namen der beiden Toten konnten noch nicht festgestellt werden.

Der fluge Geschäftsmann inseriert!

Die Braut des Schmugglers

Aus den Papieren eines Grenzjägers.

(Aus dem Italienischen übersetzt von F. Emmerich.)

1. (Nachdruck verboten.)

„Es muß wohl bald Mitternacht sein, Maddalena?“

„Soeben sendet uns die Kirche von Como ihren mitternächtlichen Gruß durch die Stille der Nacht, Großvater.“

„Mir sendet sie schon lange nichts mehr. Es ist fast fünfzehn Jahre, daß ich sie nicht mehr höre.“

„Dabei verlierst du nicht viel, Großvater.“

„Doch, mein Kind! Sie würde mir schöne Tage ins Gedächtnis zurückrufen. Ich bin nicht immer der arme Zivilist gewesen, der ich jetzt bin. Auch ich habe meine schönen Tage gehabt. Damals war mir die alte Glöde eine wahre Freunde. Ihr freudiges Geläute rief mich nach Como, wo mich das bezaubernde Lächeln deiner Großmutter, meiner armen Rosina, erwartete. Alle jungen Männer der Stadt beneideten mich um mein Glück...“

„Oh, Maddalena, es kostet ein Geheimnis schwer auf meinem Gemüte... Du wirst es noch vor meinem Tode erfahren, denn du mußt beten für deinen Großvater, mein Kind... Du mußt viel und eifrig beten, wenn ich unglücklicher, alter Mann dieses leidvolle Leben verlassen habe.“

„Wie magst du dich nur so traurigen Gedanken hingeben, mein lieber Großvater? Du kannst an meiner Liebe zu dir doch nicht zweifeln? Du weißt doch, daß ich, wenn du einmal nicht mehr zwischen uns weilst, täglich für das Heil deiner Seele beten werde.“

Hochwasserkatastrophe. Die bisher beim Landbund der Provinz Sachsen eingegangenen Meldungen, die allerdings für den Regierungsbezirk Erfurt noch vollkommen ausstehen, besagen, daß in der Provinz Sachsen die Ernte von über 300 000 Morgen vernichtet sei, davon im Regierungsbezirk Merseburg über 200 000 Morgen, im Regierungsbezirk Magdeburg über 100 000 Morgen. Diese Zahlen bedeuten jedoch keine abschließenden Angaben.

Geldschraubnader Schulz ausgebrochen. Dem berüchtigten Einbrecher Bruno Schulz, der an dem 1. Jl. im Tempelhofer Bezirksamt verübten Geldschraubentheftung beteiligt war, ist es gelungen, aus dem Tegeler Strafgefängnis auszubrechen. Schulz, der wegen des Tempelhofer Einbruchs fünf Jahre Zuchthaus erhalten hatte, hatte noch eine dreijährige Haftstrafe abzuzahlen, da er kurz vor dem genannten Einbruch aus dem Brandenburger Gefängnis ebenfalls ausgetragen war.

Schwere Bluttat in Hamburg. Polizeibeamte fanden im Hamburger Stadtpark den 21 Jahre alten Joachim Detleffsen mit einer schweren Brustverletzung sterbend auf. Ein junger Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Der Stadtoberwachtmeister Heinze, mit dessen Tochter Detleffsen ein Verhältnis unterhalten hatte, wurde unter dem Verdacht, den jungen Mann erschossen zu haben, festgenommen.

Zwei Frauen ertrunken. Zwei in Moorgarten wohnhafte Frauen hatten sich in die Tiefe zwischen Nienburg und Weseberg begeben, um zu baden. Eine der Frauen geriet in eine tiefe Stelle und verlor. Die andere Frau eilte zu Hilfe, wurde aber von der Ertrinkenden bei den Haaren ergreift und mit in die Tiefe gezogen. Beide Frauen ertranken. Die Leichen konnten bereits geborgen werden.

Ausdeitung eines römischen Landhauses bei Cranenburg. Bei Erdarbeiten stieß man in der Nähe des deutschen Zollamtes Wyler auf alte Fundamente. Der Kustos für römische Altertümer am Provinzialmuseum in Bonn, Hagen, stellte fest, daß es sich um Reste eines römischen Landhauses handelt und zwar um eine größere Anlage, da der Bade Raum außergewöhnlich große Masse zeigt. Das Landhaus muß lange Zeit gestanden haben, da fünf übereinanderliegende Böden festgestellt wurden. Besondere Altertümer wurden nicht gefunden. Interessant ist, daß die Anlage an der schönsten Stelle der Höhen von Wyler dicht an der deutsch-holländischen Grenze liegt.

In 28 Tagen um die Erde. Die amerikanischen Weltflieger Evans und Wells trafen im Flugzeug am Dienstagabend um 9.30 Uhr in Chicago und um 11.30 Uhr in Cleveland ein. Heute früh werden sie auf der Endstation Mitchell Field bei New York erwartet. Die Reisedauer um die Erde betrug 28 Tage und vier Stunden.

Unwetter in Jugoslawien. In Agram ging ein Wollenbruch nieder, der einen Teil der Stadt überschwemmte. Die Save steigt unaufhaltbar. Auch ein Teil von Karlstadt ist überschwemmt. In Sopronica sind 300 Häuser eingestürzt. Auch die Eisenbahnbrücke wurde fortgespült.

Lebte Nachrichten.

Angebliche Neuherungen v. Oldenburg-Janischans.

Berlin, 14. Juli. Wie den Blättern zu den Pressemeldungen über eine angebliche Neuherung des Herrn v. Oldenburg-Janischans mitgeteilt wird, der erschöpft haben soll, er wisse, der Reichspräsident werde die Kandare im geognaten Augenblick fester anziehen, hat der Herr Reichspräsident nachdrücklich erklärt, er habe keine irgendwie mit dem wiedergegebenen Stand sich deckende Neuherung gesehen.

Der heißeste Tag in Deutschland.

Berlin, 14. Juli. Der heutige Tag ist bisher der heißeste Tag dieses Jahres. Die Hitze erreichte in den Mittagsstunden die außergewöhnliche Höhe von 30 Grad im Schatten. Auch in Süddeutschland ist der heutige Tag der heißeste. Die Temperatur erreichte dort durchschnittlich 25 Grad im Schatten. Wie die öffentliche Wetterdienststelle mitteilt, ist jedoch mit einer weiteren Erhöhung der Temperatur in der nächsten Zeit nicht zu rechnen. Es steht jetzt voraussichtlich eine anhaltende Schonwetterperiode bevor, wobei jedoch die Möglichkeit zu vorübergehender Gewitterbildung nicht ausgeschlossen ist.

Protest der Reichsregierung wegen Germersheim.

Berlin, 14. Juli. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwieser von Simmern hat unmittelbar

„Du hast recht, mein Kind, du hast recht. . . . Aber sage doch, Maddalena, bist du nicht auch unruhig darüber, daß sie noch nicht kommen?“

„Nein! Luigi hat mir gesagt, daß sie heute Nacht Spiken holen werden. Du weißt ja, daß sie, wenn es sich um kostbare Waren handelt, immer vorsichtig zu Werke gehen.“

„Das ist schon wahr, aber es ist sehr spät und ich kann nicht glauben. . . . Heilige Jungfrau! Wie ein Kind hinter dem Osen sitzen müssen und sich doch noch stark genug fühlen. . . . Oh, das ist hart, sehr hart!“

Pietro Sarti, der diese Unterhaltung mit seiner Enkelin führte, war ein achtzigjähriger Greis, der trotz seines hohen Alters noch große Pünktlichkeit in seinem Auftreten zeigte. Wenige Schritte entfernt sah seine Enkelin am Ende eines langen Tisches, auf dem eine Petroleumlampe ein schwaches Licht verbreitete, mit dem Stricken wollener Strümpfe beschäftigt. Maddalena zählte kaum achtzehn Jahre. Ohne die geschäftige, rasche Bewegung ihrer schönen Hände, hätte man das hübsche Mädchen für eine der Madonnen halten müssen, wie sie Raffaels Pinsel geschaffen.

Der Raum, in dem sich die beiden aufhielten, war die Gaststube des Wirtshauses „zum Hahn“, deren Eigentümer der alte Pietro Sarti war. Diese „Osteria del gallo“, in einem breiten Tale, nahe der italienischen Grenze auf schweizerischen Gebiet gelegen, war seit nahezu einem Jahrhundert im Besitz der Familie Sarti. Alle Besitzer hatten den Zollgesetz Fehde geschworen. Der Hahn zum Schmuggel hatte sich von Generation zu Generation vererbt. — Die einsame, abgeschiedene Lage des Hauses hielt die Bewohner der Umgebung fern. Sie hatten wohl auch keine Lust eine halbe Stunde zu gehen

nach Germersheim der amtlichen bayerischen Darstellung über Germersheim mit der Rheinlandkommission zu prüfen genommen. Er hat um Aufklärung gebeten und Strafandrohung der schuldigen Militärpersonen gefordert. Die Ausschreitungen gegen die Festteilnehmer des Germersheimer Festes sind bei der österreichischen Regierung in Wien verdeckt worden. Eine Antwort hat der Kommissar bisher von der Rheinlandkommission nicht erhalten.

Österreichs Abkommen für Graf Verchensfeld.

Berlin, 14. Juli. Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, daß von amtlicher österreichischer Stelle das Abkommen des Reichstagsabgeordneten und früheren bayerischen Ministerpräsidenten, Grafen Hugo v. Verchensfeld, als deutscher Botschafter bei der österreichischen Regierung in Wien veröffentlicht wurde. Die offizielle Erkennung des Grafen Verchensfeld zum deutschen Gesandten in Wien ist bisher noch nicht erfolgt, jedoch wird damit in den nächsten Tagen gerechnet.

Unterzeichnung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages.

Berlin, 14. Juli. Heute mittag wurde in Bern der deutsch-schweizerische Handelsvertrag von den Bevollmächtigten beider Staaten unter Ratifikationsvorbehalt unterzeichnet.

Aushebung des Sichtvermerkzwanges zwischen Deutschland und Schweden.

Berlin, 14. Juli. Heute ist der Fall des Sichtvermerkzwanges im Verkehr zwischen Deutschland und Schweden 1. Oktober d. J. ab vereinbart worden.

Glückwunsch des Reichspräsidenten an Bismarck a. D. v. Payer.

Berlin, 14. Juli. Reichspräsident v. Hindenburg hat Bismarck a. D. v. Payer in einem persönlichen Handkuss seine Glückwünsche zur goldenen Hochzeit ausgesprochen.

Die Reichsregierung zu der Note der Militärkontrollkommission.

Berlin, 14. Juli. Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß die Reichsregierung zu der letzten Note der Interalliierten Militärkontrollkommission eine Sicht zu nehmen wird, die die beteiligten Rechts die Note einer eingehenden Prüfung unterzogen haben. Es liegt bei den maßgebenden Rechts keine Veranlassung vor, sich mit dieser Note in beschleunigter Weise zu beschäftigen.

Ein Nachspiel zum 8. November 1922.

München, 14. Juli. Am 8. November 1922 war das Gebäude der „Münchener Post“ von einem Hitler-Sabotageattentat und die Inneneinrichtung zerstört worden. Die „Münchener Post“ meldet, ist nunmehr in der Bibliothek der Firma Birk & Co. gegen die als Täter ermittelten Kommunisten, so längs der Avenue Champs Elysées in der Menschenmenge, teilweise auf einem Automobil, in dem Präsident Doumergue und der Außenminister untergezogen waren. Durch das von den 33 Angeklagten 29 gesamtverbindliche Ersturteil des vom Gericht festgesetzten Schadens verurteilt, während gegen vier Angeklagte die Klage abgewichen war.

Neue Kundgebungen gegen Primo de Rivera und den Sultan von Marokko.

Paris, 14. Juli. Bei der heute vom Präsidenten der Republik in Anwesenheit des Sultans von Marokko und Generals Primo de Rivera abgehaltenen Zeremonie anlässlich der Nationalfeier des 14. Juli kam es wieder zu gewalttätigen Kundgebungen. Einige Gruppen Kommunisten, die längs der Avenue Champs Elysées in der Menschenmenge teilweise auf einem Automobil, in dem Präsident Doumergue und der Außenminister untergezogen waren, mit Schmähsprüchen und langanhaltendem Zischen grüßten. Die Soldaten, trugen diese Manifestation nicht überreden. Neben dem verärgerten Gesicht des Präsidenten ließ das verblüffte Gesicht des Sultans und die verächtliche Miene Primo de Riveras erkennen, daß Schmähsprüche und Zischen an von den Fremden nicht vorgenommen werden. In der Begleitung des Präsidenten, wo sich das offizielle und eingeladene Publikum befand, wurden die Kundgebungen abgewiesen.

Der ehemalige Kriegsminister Abd el Krim gefangen genommen.

Paris, 14. Juli. Nach Meldungen aus Madrid, wonach der Gefangenennahme Ahmed Budras, des ehemaligen Kriegsministers Abd el Krim, große Bedeutung bei, erkläre er in Adhemar Budra den letzten Raid des Kriegs, der über großes Ansehen bei den aufständischen Stämmen verfügt.

am ein Glas schlechten Weines zu trinken. Den darauf sorgte der alte Pietro, daß den Gästen, die ihm der Fall ins Haus führte, sein guter Wein vorgezeigt wurde.

Wohl aber fanden die Schmuggler in der Osteria del gallo guten Wein, ein vorzügliches Essen und beste Weinnahme. Sie bildeten auch die ausschließliche Kunden des Gasthauses. Wenn sie von Chiasso oder Mendrisio mit Waren beladen kamen, ruhten sie sich gern bei ihren Genossen aus. Hatten sie sich dann genügend erfrischt, dann setzten sie mit neuer Kraft ihren gefahrvollen Zug fort. Er war zwar bis in ihr sicheres Versteck nicht weit, aber desto schwieriger und gefährlicher. Er führte über steile Berge und durch einen Wald, der von den italienischen Grenzern scharf bewacht wurde.

Die Familie des alten Pietro bestand aus seinem Sohne Luigi, dem Vater der schönen Maddalena und aus einem Enkel, Anselmo, einem Knaben von fünfzehn Jahren, der in Lugano bei einem Freunde der Familie, bei Gaetano, dem Verlobten Maddalenas, erzogen worden war.

Nach der erwähnten Unterhaltung Pietros mit seiner Enkelin war eine längere Pause eingetreten, in der er seinen Gedanken nachhing. Im Selbstgespräch brummte der Alte vor sich hin:

„Ein Zauber ist nichts mehr wert, wenn es sich darum handelt, die Nähe der Zollbeamten zu wittern und aufzusuchen. Entfernung das Geräusch ihrer schreitenden Schritte zu vernehmen. — Und ich — ich — ich habe nicht einmal mehr was an meiner Seite gesprochen werden, wenn ich nicht dieses hässliche Hörrohr in die Hand nehmen.“

„Bewünscht sei der elende Grenzer, der mich zum unbeständigen gemacht hat. Seinen Leib...“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern.

Wiesbaden. (Suspension des Beigeordneten von Biebrich.) Im Zusammenhang mit der Einwanderungsfrage Biebrich nach Wiesbaden wurde Bürgermeister von Biebrich vorläufig krankheitsbedingt von seiner Amt suspendiert. Gleichzeitig ist gegen ihn ein Amtsenthebungsverfahren eröffnet worden. Beide waren als Vertreter der Gas-Aktiengesellschaft Biebrich gegen die wichtige Eingemeindung. Mit der kommissarischen Stadtverwaltung ist Regierungsrat Dr. Paul beauftragt.

Mainz. (Ein Mädchen schwer verbrannt.) Explosion eines Spiritusapparates färbt die Kleider ausangestellten Feuer. Das Mädchen lief in seiner Kleidung aus, so daß sie die Brennende ganz einhüllten. Verzweigt, ihr zu helfen, zog sich ihr Dienstherr ebenfalls Brandwunde zu. Das Mädchen wurde schwer verbrannt und ins Krankenhaus gebracht.

Frankfurt a. M. (Ermäßigung der Fracht für Luftfracht.) Mit sofortiger Wirkung sind die Frachten für Luftfracht um 30 Prozent ermäßigt worden. Deutschland und die Schweiz ist bei der Berechnung der Fracht ein Mindestgewicht von 3 kg., im übrigen ein von 1 kg. festgelegt. Durch die Ermäßigung der Fracht der Luftpostverkehr mit Post, Eisenbahn usw. durchbewebsfähig.

Hechenheim. (Wurgetreterwahl in Hechenheim.) Bei der Bürgermeisterwahl wurde der Kandidat der Sozialdemokratie mit 8 gegen 6 Stimmen der Sozialdemokratie. Der Kandidat der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft war der Baurat Miersch. Der sechzige Bürgermeister, Kamm, gehörte der Sozialdemokratischen Partei an und keinerlei vom Dienste suspendiert.

Herborn. (Eine Lotterie für den Nassau- und Bönenntag.) Anlässlich des siebten Nassauischen Festes in Herborn findet eine große Lotterie statt, bei der Preise im Gesamtwert von 8000 Mark zur Auslösung stehen. 50 000 Lose dürfen vertrieben werden.

Marburg. (Begründung eines Mordes.) Der Baurat eines Gnadenhofes seines Verteidigers, des Anwalts Dr. Hermann Reiss-Marburg, ist der vom Landgericht Marburg am 14. Mai d. J. zum Tode verurteilt. Der Baurat Johann Schmidt aus Niebeldorf (Gießenhain) zu lebenslänglichem Zuchthaus beugtigt. Schmidt hatte im Frühjahr seine Braut ermordet und die Tat zu verwischen, die Leiche mit einem Strick an einen Baum aufgehängt. In erster Linie durfte der Gnadenhof zurückzuführen sein, daß der Täter seine Tat offen

Kassel. (Grecher Raubüberfall in Kassel.) Kassiererin der Metropol-Lichtspiele wurde, als sie zum Dienst heimkehrte, von zwei Männern und einer Frau in einem dreistufigen Raubüberfall verübt. Als die Frau sich im ersten Stock auf der Treppe hielt, versetzte einer der Männer ihr einen Schlag, durch den sie sieben Zähne einbüßte. Danach riss sie dann die Stellertreppe hinuntergerissen, wobei sie mehrfache Aufschlagen des Kopfes auf die Treppenstufen erlitten. Einer der Männer fuhr sie auf ihr, sodass ihr einen Anschlag in den Mund und stieß sie mehrere Male mit dem Kopf auf den Boden. Dann ließen die Täter plötzlich von ihr ab und flüchteten. Die Polizei fand mit dem Geld wurde im Keller vorgefunden.

Darmstadt. (Bahnbauten in Hessen.) In das gemeinsame Bauprogramm der Reichsbahn ist auf gemeinsamen Antrag der Regierungen Badens und Hessens nachgewiesen, auch der Bau der Bahn Schönau-Nedarsteinach aufzunehmen. Bemühungen, die geplante Bahnlinie Lüdenscheid in das Bauprogramm einzubeziehen, erfolglos. Größere Bahnbauten auf hessischem Gebiete in diesem Jahre überhaupt nicht vorgesehen.

Darmstadt. (Um die Schnellbahn Darmstadt-Mannheim.) Im Gemeinnützigen Verein Mannheim-Oberbürgermeister Hugel über das Projekt, eine Bahn Darmstadt-Heidelberg-Mannheim zu errichten. Wenn die beteiligten Gemeinden einen Beitrag zur Finanzierung aufzubringen oder wenn sie die Entschädigung an der Bahnlinie stehender Obstbäume für die Entfernung an dem Bau beteiligt werden, den die Reichsbahn, könne mit dem Bau begonnen werden, den die Reichsbahn übernehmen. Allerdings sei vorher noch eine juristische Frage zu klären: Der Versailler Vertrag verbietet den Bau von Bahnen, durch die die Reichseisenbahn in ihren Einflussgebieten geschädigt werden könnte. Beim Reichsverkehrsminister seien deshalb Schritte unternommen worden, um eine Ausnahme zu erhalten.

Deutscher Krankenfassentkongress 1926.

Aenderung in der Krankenversicherung?

In der Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes der Krankenfassen in Darmstadt wurde der Finanz- und Kassenbericht erstattet, der ein trostloses Bild der gegenwärtigen Wirtschaftslage und ihrer Auswirkung auf die Fürsorge entwirft. Am 1. Januar 1925 waren im Deutschen Reich 529 161, am 1. Januar 1926: 1 485 932 Versicherungsmitspender in der Erwerbslosenfürsorge tätig. Während noch im Jahre 1923 der Durchschnittsanteil 2,45 Prozent der Kassenmitglieder betrug, im Jahre 1925 dieser Prozentsatz zwischen 3,65 und 4,00 Prozent. Eine Entschließung wurde angenommen, die für die Beseitigung der Dentisten und Bahnärzte eintritt und die Monopolstellung der Bahnärzte ablehnt. Reichsbaudirektor Becker-Arnberg sprach über „Die Reform der Krankenversicherung“. In der Arztrechtsfrage sei zu prüfen, ob der fortgesetzte Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“. Bei dem fortgesetzten Widerstand der Ärzte gegen die Beseitigung der Bahnärzte überbaute eine Aenderung in der Art der Versorgung der Versicherten anzustreben sei. Der Baurat nahm eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Prof. Dr. Röhl sprach über „Planwirtschaft und Monopole“.

Bekanntmachungen der Gemeinde Flörsheim.

Zahlreiche Anfragen geben Veranlassung, über den Zweck der freiwilligen Ziegenversicherung des Bezirksverbandes Wiesbaden nähere Ausklärung zu geben. Die freiwillige Ziegenversicherung existiert neben der obligatorischen. Sie gewährt Entschädigung für alle über drei Monate alte Ziegen und Ziegenzuchtböcke, im Falle des Todes, oder der Rötschlachtung ohne Rücksicht auf die Todesursache, während im Gegenzug hierzu die obligatorische Ziegenversicherung nur Entschädigung gewährt, für an bestimmten Seuchen eingegangene Tiere. Der Beitrag beträgt zurzeit für jede versicherte Ziege pro $\frac{1}{2}$ Jahr 50 Pf. Als Entschädigung werden gezahlt:

10.—M. für über 3 Monate bis zur sichtbaren Trächtigkeit alten Ziegen,

18.—M. von der Trächtigkeit bis zu Abzahnung,

16.—M. für abgezähnte Tiere.

Für Herdbuchziegen wird außerdem noch ein Zuschlag von 40 % gewährt.

Anmeldungen können auf dem Bürgermeisteramt Zimmer Nr. 12 getätigt werden, woselbst auch nähere Auskunft erteilt wird.

Flörsheim a. M., den 13. Juli 1926.

Der Bürgermeister: Laud.

Im Auftrage des Katasteramtes Hochheim a. M. wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Sprechstunden in Hauszins- und Grundvermögenssteuerangelegenheiten nur am Montag und Freitag vormittags von 8.30 bis 12 Uhr stattfinden.

Die Hebung der Monatsbeträge der Grundvermögens-, Hauszins- und Gemeindesteuer pro Juli ds. Jrs. findet vom 15. bis 22. ds. Mts. statt. Der Gebetermin ist einzuhalten. Für Juli beträge, die nach dem 22. Juli 1926 eingehen, wird Verzugszuschlag erhoben.

Zur Vermeidung von weiteren Kosten wird nochmals an die sofortige Ablieferung der rückständigen Juniabreite erinnert.

Flörsheim a. M., den 14. Juli 1926.

Die Gemeindeklasse Claas.

Hauszinssteuer.

1. Durch ein vom Landtag am 23. Juni 1926 beschlossenes Gesetz wird die Hauszinssteuer mit Wirkung vom

1. Juli 1926 auf den zehnfachen Betrag der staatlichen vorläufigen Steuer vom Grundvermögen erhöht. Die Steuer wird wie bisher am 15. eines jeden Monats fällig; der erhöhte Steuerbetrag ist also zum ersten Male am 15. Juli 1926 zu entrichten. Eine besondere Benachrichtigung ergeht im allgemeinen an die Steuerschuldner nicht.

2. Soweit Grundstüde, die unter die Befreiungsvorschriften des § 2a der PrStGB fallen, zur Hauszinssteuer herangezogen sind, steht dem Steuerschuldner das Recht des Einspruchs hiergegen zu; dieser ist bis zum 15. Oktober 1926 beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) anzubringen. Bei begründeten Einsprüchen tritt die Befreiung vom 1. April 1926 ab in Kraft.

3. Bei Grundstücken (Grundstücksteilen), die für gewerbliche Zwecke benutzt werden, kann unter Umständen eine Herabsetzung der Hauszinssteuer dadurch erzielt werden, daß der Veranlagung eine angenommene Grundvermögenssteuer von 4 v. H. des nach den Vorschriften des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 (G. S. S. 317) festgestellten oder festzustellenden Gebäudevermögenswertes zugrunde gelegt wird. (§ 2 Abs. 2b der PrStGB.)

4. Bei Grundstücken, die am 31. Dezember 1918 mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrag von nicht mehr als 40 v. H. des Friedenswertes belastet waren, ist der Betrag der Steuer auf Antrag des Eigentümers soweit herabzusehen, daß er bei unbelasteten Grundstücken 375 v. H., bei einer Belastung bis zu 10 v. H. des Friedenswertes 500 v. H., bei einer Belastung bis zu 20 v. H. des Friedenswertes 625 v. H., bei einer Belastung bis zu 30 v. H. des Friedenswertes 750 v. H., bei einer Belastung bis zu 40 v. H. des Friedenswertes 875 v. H. der Grundvermögenssteuer beträgt. (§ 3 Abs. 3 der PrStGB. in der neuen Fassung.)

Für diejenigen Grundstüde, die bisher schon mit nur 500 oder 400 v. H. der Grundvermögenssteuer zur Hauszinssteuer herangezogen waren, weil sie am 1. Juli 1914 höchstens bis zu 20 v. H. des Werts dinglich belastet waren, wird auf Grund der Bestimmungen im vorstehenden Abs. 1 die Steuer durch die Katasterämter neu festgesetzt und den Steuerschuldner mitgeteilt werden. Im übrigen erfolgt die Herabsetzung der Steuer nur auf Antrag. Eines erneuten Antrags bedarf es nicht, wenn ein solcher bereits zugleich mit der im Anfang dieses Jahres abgegebenen

Erläuterung über die Friedensmiete gestellt worden ist. 5. Für Einfamilienhäuser mit einer Wohnfläche nicht mehr als 90 qm, die bis zum 1. Juli 1918 bezugsfertig hergestellt waren und ausschließlich zentraler und seiner Familie bewohnt werden, wird ein Antrag des Steuerschuldners

a) Steuerbefreiung gewährt, sofern das Einfamilienhaus zu diesem Zeitpunkte mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrag von mehr als 20 v. H. des Friedenswertes belastet war,

b) die Steuer um 250 v. H. der Grundvermögenswerte jedoch nicht unter 375 v. H. der Grundvermögenswerte herabgesetzt, sofern das Einfamilienhaus zu dem angegebenen Zeitpunkt mit einem Goldmarkbetrag von mehr als 20 v. H. des Friedenswertes belastet war (§ 3a der PrStGB).

Die Freistellung oder Ermäßigung wird dadurch ausgeschlossen, daß das Einfamilienhaus zum Zeitpunkt auf Grund behördlicher Maßnahmen verminderungsfrei ist.

6. Anträge gemäß Ziff. 3 bis 5 dieser Bestimmung sind beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) bis zum 31. Dezember 1926 zu stellen. Steuerminderung oder Befreiung tritt, sofern die Anträge begründet sind, vom 1. Juli 1926 ab in Wirkung.

Der Vorsitzende des Grundsteuerausschusses

Um unnötige Reklamation betreffend vorliegende Bekanntmachung zu vermeiden, andernfalls aber den Bürgern zu geistigem Recht zu verhelfen, wird von der Steueraufsicht im Bürgermeisteramt Zimmer 12, Mittwoch, den 14. Juli und Donnerstag, den 15. Juli nachmittag von 1 bis 5 Uhr nähere Auskunft und entsprechende Anträge entgegengenommen.

Flörsheim a. M., den 12. Juli 1926.

Der Bürgermeister: Laud.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Freitag 6 Uhr hl. Messe für Kath. Schichtel, geb. Krantenhaus, 6.30 Uhr 3. Seelenamt für Kath. Schichtel, geb. Krantenhaus, 6.30 Uhr hl. Messe für Anna Maria Süßert (Süßert), 6.30 Uhr Amt für Karoline Temper und H. Diezler.



LEBEWOHL
beseitigt Ihre
HÜHNERAUGEN
u. HORNHAUT!

Blechdose (8 Pillaster) 75 Pf. Lebewohl-Fussbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pf. erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei: H. Schmitt, Wickererstr. 10.

Ich war immer zufrieden mit Ihren

Schuhwaren

so lautet das Urteil vieler treuer Kunden. — Auch Sie können sich davon überzeugen, gehen Sie zu

Johann Lauck 4., Schuhhandlung

Hauptstrasse 29

Gel.-Ver. „Sängerbund“ Flörsheim

Am kommenden Sonntag beteiligt sich der Verein an dem Feit des Turnvereins von 1861 auf dem Turnplatz. Zu diesem Zweck ist morgen Abend Zusammenkunft im „Sängerheim“.

Der Vorstand.

Sommer-Fahrplan.

(Ohne Gewähr)

ab 15. Mai 1926

In der Richtung nach Frankfurt:

Vormittags: 438* 542B 559 635B 721 906
1056*

Nachmittags: 1240* 143* 237 408B 515 640 847*
942G 951B 1133

In der Richtung nach Wiesbaden:

Vormittags: 533 607B 713 917 1143

Nachmittags: 121 210 238* 323 528 601B 628
716 833 959 1132 1217

Zeichenerklärung: * über Griesheim, B. Werftags
S. Sonntags v. 15. Mai bis 30. September,
* Werktag vor Sonn- und Feiertagen.

Körperschulung der Frau

Es ist jedem Mädchen und jeder Frau ermöglicht, ihren Körper gleichmäßig und frisch zu machen, indem sie nach den bewährten Anleitungen Dora Menzlers, der bekannten Leiterin der Dora Menzler-Schule, regelmäßig ihre Übungen machen: Dora Menzler, Körperschulung der Frau. Erste Folge mit 52 Lehrbildern. 25. Auflage. Rm. 4.50. Zweite Folge mit 41 Lehrbildern. Neu! Rm. 4.80.

Hier ist der Schlüssel zum körperlichen Wohl des weiblichen Geschlechts!

(Verlag Diest & Co., Stuttgart)

Zu beziehen durch: die Buchhandlungen.

Die Meggendorfer Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

Immer mit der Zeit schreitend und für die „Eine Quelle herzerquickenden Frohsinn. Wöchentlich eine reichhaltige Nummer.“

Das Abonnement kann jederzeit begonnen. Ueber die Bezugspreise unterrichtet der Buchhändler das Postamt oder unmittelbar der Verlag der Meggendorfer Blätter J. L. Schreiber München.

Offene Stellen Stellenwechsel

Stellenvermittlung

für alle besseren weiblichen Berufssarten in Haus, Familie u. Schule (auch für männl. Berufe).

Die Anzeigen-Annahme für das bekannte Familienblatt

Dahheim

das über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete stark verbreitet ist und Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammenführt, befindet sich in der Geschäftsstelle unseres Blattes.

Die Öffentlichkeit hat nur nötig, die Stellen-Anzeigen (Angebote und Gesuche) Verbindungen und Gesuche zw. bei uns abzugeben und die Gebühren (kein Aufschlag) zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt und vertraulich, ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Wahrnehmung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Dahheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig für die einfältige Drucke (7 Silber) für Stellen-Angebote 80 Pf., Stellen-Gesuche 60 Pf., übrige kleine Anzeigen Rm. 1.—

Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig aufzugeben.

Die Geschäftsstelle:

Verlag H. Dreisbach, Flörsheim

FRUMMEL
Fräulein, Körperschulung
wegen Griesheim
Ende voriger Jahr,
Dahheim ist
die Gattung!

Bücher

Einzelbände u. ganze Bände liefern zu Originalpreisen, größeren Aufträgen, Rabatten, die Buchhandlung,

H. Dreisbach, Flörsheim
Karthäuserstr. 6, Telefon 55